



SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST

P/VI/247 - 23.10.1951

Hinweise
auf den Inhalt:

BONN, Friedrich-Ebert-Allee 170
Fernsprecher 7654-59
Fernschreiber 039 890

Wohleb war im Unrecht	S. 1
Am Vorabend der englischen Wahlen	S. 3
Keiser-Rede und deutsche Einheit	S. 5
Fritz Tarnow gestorben	S. 6

Klare Situation für den Südwest-Staat

Se. Mit seinem ersten Urteil hat der Verfassungsgerichtshof nicht nur einen Rechtsstreit beendet, sondern die Voraussetzungen für die Lösung eines politischen Problems geschaffen, das seit Jahren nicht nur den deutschen Südwesten beunruhigt hat. Gemäß allen wesentlichen Bestimmungen des 2. Bundesgesetzes über die Neugliederung wird das Volk in Württemberg, Württemberg-Hohenzollern und in beiden Teilen Badens bis zum 16. Dezember für oder gegen den Südwest-Staat zu entscheiden haben. Es bleibt bei den vom Bundestag beschlossenen Abstimmungsbezirken und der in Bonn festgelegten Auswertung des Abstimmungsergebnisses.

Damit sind alle Voraussetzungen einer klaren Entscheidung für den Südwest-Staat gegeben. Der Obstruktionstaktik Badens ist auch der letzte Anschein einer tragfähigen Grundlage genommen, denn mit der Entscheidung nach dem Recht der Verfassung besteht für Wohleb auch keine Möglichkeit mehr, mit den politischen Mitteln, die Freiburg bisher angewandt hat, dem Volkentscheid entgegen zu wirken. Wohleb kündigte ja auch an, er würde in jeder Hinsicht das Urteil des Verfassungsgerichtshofes anerkennen. Hoffen wir, daß er wenigstens jetzt das dafür notwendige Staatsbewußtsein beweist und in Südwest-Deutschland nicht einmal mehr versucht, die Stimmung und Gefühle eines Teiles der Südbadenser

gegen eine rechtmäßige Entscheidung zu mobilisieren. Das würde gewiß nichts an der jetzt zwangsläufigen Entwicklung im Südwestraum ändern, aber es würde eine gefährliche Mißachtung des verfassungsgerichtlichen Entscheids bedeuten.

Sowohl Formulierung wie Begründung des Karlsruher Urteils über das 2. Neugliederungsgesetz, als auch die Ablehnung des 1. Neugliederungsgesetzes zeigen eindeutig, in welchem Maße der 2. Senat des Gerichts nichts als das Recht hat sprechen lassen. Seine Feststellung, daß mit der Erklärung der Nichtigkeit des 1. Neugliederungsgesetzes über die Verlängerung der Legislaturperiode der Landtage die Gültigkeit der seit dem Mai beschlossenen Gesetze nicht berührt wird, bietet auch die Garantie, daß es zu keiner Art des "Notstands" kommen kann. Wohleb, seine Freunde in Freiburg, in Bayern und in Bonn haben vorgegeben, mit Argumenten des Rechts gegen das Bundesgesetz über die Volksabstimmung zu streiten. Sie haben jetzt den Beweis erhalten, daß sie im Unrecht waren. Wir sind sicher, daß diese Tatsache das Abstimmungsresultat auch in Südbaden beeinflussen wird.

Die feindlichen, aber aus taktischen Gründen vereinten Gesinnungsgefährten Wohleb und Zürcher, denen es in Wahrheit um sehr viel anderes als um das Recht ging, sind auf der Grundlage widerlegt worden, die sie nach außen als die ihre bezeichneten. Sicher wäre Ihnen die Einsetzung eines Bundeskommissars vor der Konstituierung des Verfassungsgerichts lieber gewesen. Gut, daß der Bund weder dazu, noch zu einer Ignorierung eines Mittels des Rechtsweges bereit war. Die rechtliche Beweisführung für den Südwest-Staat und seine politische Verwirklichung wären - wenn der Bund diesen Weg gewählt hätte - nie in der jetzt erreichten Klarheit zustande gekommen.

+ + +

Ungewisser Wahlausgang

B.C.-London, im Oktober

Am Donnerstag, dem 25. Oktober, wird in Großbritannien gewählt. Nur ein Narr oder ein politisches Kind wird prophezeien wollen, ob Labour oder Tory siegen wird. Doch eins steht heute schon fest: Die Wahlbeteiligung wird hoch sein, wahrscheinlich sogar eine Rekordziffer erreichen.

Viel hängt davon ab, wie in den Marginalsitzen, d.h. den unsicheren Wahlbezirken, die Liberalen stimmen werden. Innerhalb der Liberalen Partei selbst geht der alte Kampf zwischen dem "radikalen" und dem "feinen" Flügel heute noch weiter, indem Lady Megan Lloyd George, die Tochter des großen radikalen Staatsmannes, kein Hehl daraus macht, daß sie, wenn es schon keinen liberalen Kandidaten gibt, lieber Labour siegen sehen würde, wogegen Lady Violet Bonham-Carter, die Tochter von Asquith, der vor vierzig Jahren Lloyd Georges "feiner" Rivale gewesen war, den Tories den Sieg wünscht und sogar Churchill, den Führer der Konservativen in einer ihrer Versammlungen sprechen ließ.

Die von der Torypresse in achtzehn Monaten "kalten Wahlkampfes" erzeugte Anti-Labour-Psychose hatte zu Beginn des Wahlkampfes sogar bis in die Reihen der Labour Party hinein Wirkung gehabt, und manche aktiven Labourkämpfer gingen recht hoffnungslos an ihre Aufgabe heran. Das hat sich alles geändert. Die aus allen Wahlkreisen einlaufenden Berichte der Kandidaten und Werber haben im Transport House, der Labourzentrale, den Eindruck erweckt, daß die Partei sich von dem Tiefpunkt im Februar 1950 gut erholt hat.

Mit ruhiger Zuversicht rechnet Morgan Phillips, der Generalsekretär der Labour Party, mit 14 Millionen Stimmen im ganzen Lande und einer verbesserten Majorität im Unterhaus. Man darf nicht vergessen, daß bei dem britischen Wahlsystem der einfachen, direkten Mehrheitswahl im Kreis ein sehr geringer Stimmungsumschwung sich ungeheuer vergrößert in Unterhaussitzen ausdrücken kann. Die konservative Parteileitung rechnet zum Beispiel, daß ein Umschwung zu ihren Gunsten von nur drei Prozent der Wähler den Tories eine Mehrheit von 21 Sitzen geben würde. Und dabei kommt es natürlich auch noch darauf an, in welchen Wahlkreisen ein Umschwung stattfindet.

Es gibt beispielsweise die Labourmehrheit von 37.630 Stimmen in Hemsworth, Yorkshire, wo die Tories sich um 65% verbessern müßten, um den Sitz zu erobern. Andererseits gewannen die Konservativen im Februar 1950 Pudsey mit einer Mehrheit von 64 Stimmen von insgesamt 50000, so daß dort also ein ganz winziger Bruchteil der Wählerschaft, weniger als zwei Promille, ihnen den Sitz wegnehmen könnte.

Bei der großen Masse der nicht parteigebundenen, der "schwimmenden" Wähler ist Winston Churchills Prestige als der große Weltkriegsführer 1940-45 eher eine Belastung, als ein Vorteil. Man scheint sich darüber klar zu sein, daß es in der gegenwärtigen gespannten Weltlage sicherer wäre, den alten Helden mit seinem impulsiven Temperament nicht an der Spitze der Regierung zu haben, ganz gleich, was man auch sonst über Attlee denken möge, dem aber selbst sein schärfster Gegner den kühlen Kopf in einer schwierigen Situation nicht absprechen kann.

+ + +

Rationierung des Geistes

Vor wenigen Tagen stand der Verfasser des "Fragebogen", Ernst von Salomon, gemeinsam mit seinem Verleger Ernst Rowohlt zum ersten Mal seit Erscheinen dieses umstrittenen Buches vor einem größeren Publikum, das er zur Diskussion über das Thema "Aufgabe des Schriftstellers in unserer Zeit" eingeladen hatte. Das Publikum war kritisch, und in der Diskussion, die sich weitgehend mit den "unpolitischen" Fragen auf dem bekannten Fragebogen befaßte, blieb Salomon gegenüber dem Publikum sichtlich zweiter Sieger.

Hier soll aber kurz von dem hinter ihm stehenden Verleger Ernst Rowohlt die Rede sein, der die Argumente über die gefährliche Tendenz des "Fragebogen" u.a. mit der Bemerkung zu widerlegen versuchte, daß das Buch bei einem Preis von 19,80 M nicht in unrechte Hände geraten könne, weil "unreife Leute keine 19,80 M besitzen". Die Rationierung durch den Geldbeutel, wie sie der Minister Erhard so erfolgreich für Butter und Weißbrot betrieben hat, wird von dem Verleger, der einmal stolz darauf war, die Besten des deutschen Geisteslebens gefördert zu haben, auf den Geist übertragen.

Es gibt eine gewisse Art von seichter Literatur, die lüsternen und meist senilen Interessenten zu sehr hohen Preisen geliefert und die dieser Preise wegen gern als harmlos und "nicht jugendgefährdend" hingestellt wird. Will Herr Rowohlt sich in diese Nachbarschaft begeben und diese Erscheinung als sein Verlagsprinzip für das politische Gebiet übernehmen?

R.G.

+ + +

Entstellungen und Unterlassungen

Vom Vorstand der SPD wird erklärt:

Der Minister für Gesamtdeutsche Fragen, Jakob Kaiser, hat auf dem Parteitag der CDU in Karlsruhe die Behauptung aufgestellt, die SPD habe in der Sowjetzone "mit Pauken und Trompeten kapituliert" und regiere seitdem "das unglückliche Land".

Der Vorstand der SPD stellt fest, daß es sich bei dieser Behauptung des Ministers Kaiser um eine Verleumdung handelt, mit der der Minister für Gesamtdeutsche Fragen seiner Aufgabe, der deutschen Einheit zu dienen, schweren Schaden zufügt.

Es ist eine unleugbare Tatsache, daß Sozialdemokraten in der Sowjetzone verfolgt und in KZs und Zuchthäuser verschleppt werden. In der SED, die durch Zwang und Terror von den Sowjets geschaffen wurde, sind die ehemaligen Sozialdemokraten längst ausgeschaltet, CDU und LDP dagegen fungieren in der Sowjetzone als russische Staatsparteien.

Während jeder Bewohner der Sowjetzone, der als Sozialdemokrat verdächtigt wird, schwerste Strafen zu erwarten hat, können CDU und LDP in der Sowjetzone ihre legale Tätigkeit als aktive Elemente der sowjetischen Politik ausüben und ihre Rolle in der kommunistischen Zersetzungsarbeit der Bundesrepublik spielen.

Die SPD hat bereits seit 1945 den Kampf gegen das kommunistische Regime der Sowjetzone aufgenommen, als Herr Kaiser noch eifrig bemüht war, die sowjetischen Wünsche über Blockpolitik, Konsultativrat und Brückentheorie zu verwirklichen.

Ein Minister für Gesamtdeutsche Fragen hätte auf dem Parteitag der CDU die Aufgabe gehabt, nach der Rede des Bundeskanzlers, in der die Beschlüsse des Bundertages vom 27.9.51 Stück für Stück aufgegeben worden sind und nur noch von dem Schritt bei der UNO gesprochen worden ist, in entsprechender Form Stellung zu nehmen.

Es wäre auch eine Aufgabe des Bundesministers für Gesamtdeutsche Fragen gewesen, gegen den ungeheuerlichen Zynismus des "Rheinischen Merkur", der sich gegen die Vereinigung der Zonen ausgesprochen hat, zu protestieren und die Interessen der Bevölkerung der Sowjetzone wahrzunehmen.

Die SPD verwahrt sich nachdrücklich im Interesse der deutschen Einheit gegen solche Entstellungen und Unterlassungen. Sie leisten der Argumentation Grotows als Vorstoß und bedeuten nur eine Schwächung aller der Kräfte, die in einem gemeinsamen Kampf ein freies und einheitliches Deutschland erstreben.

x x x

Preussische Frage

(sp) In der Abschlussrede des CDU-Parteitages in Karlsruhe erklärte der Bundeskanzler, es sei nicht wichtig, wann das Besatzungsstatut formale Früher oder später müsse es aufgehoben werden. Die Hauptsache sei, daß wir die Gleichberechtigung bekämen.

Was hält der Bundeskanzler für Gleichberechtigung, wenn er neben ihr noch das Bestehen eines Besatzungsstatuts für möglich hält?

+ + +

Dem Gedenken Fritz Tarnows

-x. Wer in den letzten Jahren dem immer lebendigen, weißhaarigen und zu angeregten Diskussionen bereiten Generalsekretär des Zonenrates der Deutschen Gewerkschaften begegnete, der auch nach der Niederlegung seiner Ämter aus Altersgründen und anlässlich des Abschlusses eines neuen erfolgreichen Lebensabschnittes - der Gründung des DGB - nicht völlig aus dem Blickpunkt der Öffentlichkeit verschwand, verstand, warum dieser Mann in der deutschen Arbeiterbewegung eine sehr entscheidende Rolle gespielt hatte.

Er war aus einfachen dörflichen Verhältnissen gekommen, hatte die Volksschule besucht und Tischler gelernt, war als Geselle gewandert und hier, wie so viele seiner Generation, mit den sozialistischen Ideen vertraut geworden. Schon mit 26 Jahren war er Sekretär seiner Gewerkschaft. Nach dem ersten Weltkrieg, aus dem er kriegsschädigt heimkehrte, und der Wahl des Vorsitzenden des Holzarbeiterverbandes, Theodor Leipart, zum Vorsitzenden des ADGB, übernahm Tarnow schon mit 40 Jahren den Vorsitz des Holzarbeiterverbandes; er galt als Kronprinz des ADGB.

Fritz Tarnow hat in den Jahren der Weimarer Republik nicht nur in der Gewerkschaft und als Mitglied des Vorläufigen Reichswirtschaftsrates, sondern auch als Reichstagsabgeordneter der SPD in wirtschaftlichen und politischen Fragen ein maßgebliches Wort mitgesprochen. Seine Meinung war nicht immer unumstritten, insbesondere die Kommunisten haßten ihn als "Reformisten" und "Arzt am Krankenbette des Kapitalismus". Auch nach 1945 ist Tarnow ein beliebter Feind der KP geblieben. Nach seiner Rückkehr aus Dänemark und in seiner Funktion als Generalsekretär des Zonenrates der Deutschen Gewerkschaften galt er ihnen als einer der energischsten Widersacher der Anbiederungsversuche des ostzonalen FDGB.

Fritz Tarnow, der nun im 72. Lebensjahr verstarbt, war eine der markantesten Persönlichkeiten der deutschen Arbeiterbewegung. Er, wie seine Generation, hinterließen nicht nur organisatorisch, sondern auch erkenntnistäufig bedeutsame Spuren im sozialen und wirtschaftlichen Leben unserer Zeit. Die Jüngeren, die trauernd an ihrer Bahre stehen, werden Mühe haben, den nun fast leeren Platz dieser Bedeutenden in ihrem nachgelassenen Werk auszufüllen und zu besetzen.

Verantwortlich: Peter Raunau